

Was sagt & was macht die EU? (S. 2) +++ Linke & rechte Brexit-Kampagnen (S. 3 & S. 6) +++ Merkel-Erdogan-Deal (S. 3) +++ Syriza aktuell (S. 4) +++ Flüchtlinge in Griechenland (S.5) +++ Frankreich: Reaktionäres Arbeitsgesetz und Massenmobilisierungen (S.7 & S.8)

Brexit und EU-Krise

Das britische Ja zu einem Austritt aus der Europäischen Union ist ein schwerer Schlag ins Kontor von Merkel, Schäuble, Gabriel, Juncker, Schulz & Co, also all der Diener der Banken- und Investoren-Mafia. Eine Mehrheit im drittgrößten EU-Land will von der EU nichts mehr wissen. Insbesondere die abhängig Beschäftigten, die Arbeitslosen und die Gewerkschaften haben von dieser EU nichts zu erwarten. Das muss ein weiterer Anlass sein, ein Europa von unten, ein Europa der Demokratie und Solidarität aufzubauen.

Den führenden EU-Vertretern fällt in der neuen Lage jedoch nur dreierlei ein: Militarisierung, Euro-Ausweitung, Exempel statuieren. Es sind genau die Positionen, die die EU-Krise verschärfen und weitere Millionen Menschen veranlassen, sich von der EU abzuwenden.

Militarisierung Am 29. Juni, wenige Tage nach dem Brexit-Referendum, diskutierten die 27 Mitgliedsländer der Rest-EU ein neues Strategiepapier der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini, in dem als „Fernziel“ eine „Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungsunion“ genannt wird. Eine solche „Union“ kann es nur mit einer EU-Armee geben. Nachdem man schon in „30 gemeinsamen Missionen auf drei Kontinenten“ militärisch aktiv gewesen sei, müsse diese Orientierung „schrittweise weiterentwickelt“ werden. Wir lernen: Es mangelt an Geld zur Integration der Flüchtlinge. Es mangelt nicht an Geld für die Militarisierung der EU. Was neue Flüchtlinge schafft und damit weitere Argumente für Militarisierung liefert. Allein der bisherige Afghanistaninsatz der Bundeswehr verschlang nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung „20 bis 45 Milliarden Euro“.

Ausweitung der Eurozone Vier Tage nach dem britischen Referendum schlagzeilte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Juncker will Brexit für

Euro-Vollendung nutzen“. Der EU-Kommissionspräsident wolle jetzt „alles daran setzen, der bisherigen ‚EU mit multiplen Währungen‘ ein Ende zu bereiten.“ In einem neuen Zehn-Punkte-Plan der SPD werden ein „schnelleres Vorgehen in der Wirtschafts- und Währungsunion“ und „mehr Europa“ gefordert. Die EU maßt sich an, für „Europa“ zu stehen, und steht – noch vor dem Brexit – mit 508 Millionen Einwohnern nur für gut 60 Prozent der europäischen Bevölkerung mit 820 Millionen Menschen. Die Aufspaltung setzt sich fort: 19 der 28 EU-Mitgliedsstaaten gehören zur Eurozone. Neun bestehen jedoch auf der eigenen Währung. Die „Einheitswährung“ wiederum spaltet doppelt: Erstens in Euroländer und Rest-EU. Zweitens innerhalb des Euroraums zwischen Zentrum und Peripherie (siehe S. 2).

Ein Exempel statuieren Sofort nach dem Brexit-Ja forderte der FDP-Europaparlamentarier Alexander Graf Lambs-

dorff, stellvertretend für einen großen Teil der politischen Klasse, es dürfe jetzt „keinen Briten-Rabatt“ geben. Der SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel forderte, die Verhandlungen mit Großbritannien dürften „nicht hinausgezögert werden“. In Brüssel heißt es, es gehe darum, ein Exempel zu statuieren, um „den Europegegnern in anderen Mitgliedsländern keinen weiteren Auftrieb zu verschaffen.“

Und es gibt in Brüssel und London Überlegungen, das Brexit-Ja zu ignorieren oder auf ein zweites Referendum zu setzen. Das kommt bekannt vor. 1992 sagten die Dänen Nein zum Maastricht-Vertrag. 2001 und 2008 gab es zwei Mal ein irisches Nein zum Nizza- und dann zum Lissabon-EU-Abkommen. 2005 gab es ein französisches und ein niederländisches Nein zur EU-Verfassung. Doch wie reagierte da jeweils die EU? Man trat den Verfassungsentwurf in die Tonne und verabschiedete stattdessen einen Lissabon-Vertrag, in dem



Bild-Montage & -komposition: Joachim Römer

weitgehend das Gleiche steht wie im Verfassungsentwurf. Dänen und Iren durften so lange abstimmen, bis das Ergebnis (denen da oben) passte. Vor exakt einem Jahr gab es dann in Griechenland das Nein zum EU-Spardiktat. „Geht gar nicht!“, hieß es in Brüssel. Umgehend wurde ein Exempel statuiert, eine brutale Erpressung exekutiert und Syriza auf Gläubigerkurs gedreht (siehe rechte Spalte).

Auch heute laufen die Reaktionen vieler EU-Politiker darauf hinaus, das britische Referendum zu modeln. Das Verfahren (Artikel 50, EU-Vertrag) ist allerdings klar: Danach muss abgewartet werden, bis das betreffende EU-Mitgliedsland den Austritt offiziell – seitens der Regierung – „mitteilt“. Danach „handelt die Union mit diesem Staat ein Abkommen über die Einzelheiten des Austritts aus.“ Dafür gilt ein Zeitraum von „zwei Jahren nach der [...] genannten Mitteilung.“ Wort und Geist des EU-Vertrags besagen, dass man sich bei der Umsetzung des Austritts Zeit lassen muss. Der Grund ist nachvollziehbar: Es gilt für beide Seiten zu verhindern, dass unnötiger Schaden entsteht.

FaktenCheck:EUROPA sieht in dem Brexit-Ja ein weiteres Anzeichen für die sich vertiefende Krise der EU. Wir sprechen uns gegen jegliche Politik des Exempel-Statuierens aus. Im Übrigen gilt: So tief der Einschnitt mit dem Leave-Votum ist, hinsichtlich *zwei Punkten* ändert sich nichts Wesentliches: Erstens bleibt Großbritannien mit den EU-Staaten in der Nato; EU und Nato setzen ihre Kriegstreiberei u.a. gegen Russland fort. Zweitens betreiben die größten Banken der Welt in der City of London weiter ihre Schwarzgeldzentralen. Sie steuern von dort den am weitesten deregulierten Finanzplatz der westlichen Welt. Europa wird von den großen Banken und Konzernen beherrscht. Und hier stimmt dann der Begriff „Europa“.

Referendum (I)

Referendum in Großbritannien? Powerplay der EU, dieses nicht zu akzeptieren? War da nicht was? Genau: Vor einem Jahr, am 5. Juli 2015, gab es in Griechenland ein Referendum. 61,2 Prozent der Bevölkerung stimmten mit „Ochi“, sagten „Nein“ zu einem neuen „Memorandum“, zu noch mehr „Sparen“ mit Rentenkürzungen, Steuererhöhungen, Privatisierungen und Troika-Quadriga-Diktat. Die Griechinnen und Griechen gaben dieses eindeutige, beeindruckende Votum ab, obgleich die Banken, auf Druck der EZB, bereits seit einer guten Woche geschlossen waren. Obgleich sie einem medialen Trommelfeuer ausgesetzt waren, wonach „Ochi“ heißen würde: Raus aus dem Euro. EU, Berliner Regierung und Troika sagten: Legal, illegal, scheißegal und hielten den erpresserischen Druck aufrecht. Syriza kapitulierte. Seither führt Syriza die Politik der Gläubiger durch – gerichtet gegen die eigene Bevölkerung. Siehe Artikel Nikos Chilas S. 4.

Referendum (II)

Es heißt: Das britische Ja zum Brexit sei ein Ja der Alten über die Jungen, ein Sieg von Rechten und Reaktionen. Tatsächlich gingen von den Menschen im Alter von 18 bis 25 Jahren nur 38 Prozent zur Wahl. Was diejenigen denken, die nicht zur Wahl gingen, kann niemand wissen. Tatsächlich wurde das Pro-EU-Lager bestimmt von den Führungen *aller* traditionellen Parteien (Konservative, Labour und Liberale). *Alle* Wirtschaftsverbände und *alle* Bosse der größten Banken und Konzerne waren in diesem Lager. Hinzu kam die *gesamte* politische EU-Klasse. Es fällt schwer, dieses Lager als fortschrittlich zu bezeichnen. Soziologische Schichtung: Facharbeiter, Geringverdiener und „untere Mittelklasse“ votierten für einen Brexit. Erst die „Mittelklasse“ und die „gehobenen Mittelklasse“ stimmten pro EU. Generell lässt sich für England und Wales sagen: Je höher die Einkommen, desto mehr stimmten die Leute pro EU. Und umgekehrt. Bilanz: Trotz deutlicher Mehrheiten pro EU in Schottland und Nordirland gab es Großbritannien-weit eine klare Mehrheit für „Leave“: 17,4 Millionen pro Brexit und 16,1 Millionen für „Remain“ = „Verbleib“.

FaktenCheck:EUROPA

FCE ist eine Weiterentwicklung von **FaktenCheck:HELLAS**, eine Publikation, die 2015 in fünf Ausgaben erschien. Das Selbstverständnis von FCE: siehe Seite 8; Impressum und Bestellmöglichkeiten Seite 2. Wir bitten um Verbreitung und Unterstützung für FCE und fordern auf zu Engagement für Demokratie und Solidarität. Ihre FCE-Redaktion

Behauptungen des EU-Stammtisches und Antworten von FaktenCheck:EUROPA:

Die Debatte um den Brexit verdeutlichte: Der EU wird idealisiert. Ihr werden positive Eigenschaften zugeschrieben, die sie nicht hat. Im Folgenden bringen wir vier Behauptungen des EU-Stammtisches und die Antworten von FaktenCheck:EUROPA.

Erste EU-Stammtischbehauptung: „Die EU ist das größte Zivilisationsprojekt der letzten Jahrzehnte.“ So Martin Schulz, der Präsident des Europäischen Parlaments. Die EU selbst bekennt sich offiziell „zu den Grundsätzen der Freiheit, der Demokratie und der Achtung der Menschenrechte.“ So im Wortlaut die Präambel des Vertrags über die Europäische Union (auch „Maastrichter Vertrag“ genannt). **Antwort FCE** Tatsächlich sind die Institutionen der EU außerordentlich undemokratisch. Das Europäische Parlament hat nur bescheidene Rechte; die EU-Institutionen wie Kommission und Rat, die auf europäischer Ebene teilweise Regierungsfunktionen ausüben, werden nicht vom Europaparlament gewählt. Ihre Repräsentanten sind nicht abwählbar. Sie unterliegen keiner parlamentarischen Kontrolle. Das Parlament hat nicht das Recht auf eigenständige Gesetzesinitiativen. Doch das ist nicht alles. Selbst EU-Kommission und der Europäische Rat haben weniger Macht als eine informelle Gruppe namens Eurogroup, zu deren Bildung es nach der Einführung des Euro kam. Dabei handelt es sich um die Treffen der Finanzminister derjenigen EU-Mitgliedsstaaten, die den Euro eingeführt haben. Griechenlands Ex-Finanzminister Jannis Varoufakis charakterisierte diese Einrichtung folgendermaßen: „Es gibt keinen Vertrag, der die Einberufung der Gruppe regelt. Was wir haben, ist eine inexistenteste Gruppe, die die größte Macht besitzt [...] Sie ist niemandem verpflichtet, da sie juristisch nicht existiert, keine Protokolle [ihrer Treffen] hat und rein vertraulich agiert. Dabei fällt

sie fast Entscheidungen über Leben und Tod.“ Nochmals abgehobener und fern jeder parlamentarischen Kontrolle agiert die Europäische Zentralbank. Auch ihre Entscheidungen nehmen Einfluss auf das Leben von Millionen Menschen. Und was die „Achtung der Menschenrechte“ betrifft: Diese Menschenrechte werden mit der Politik „Festung Europa“ mit Füßen getreten. Oder auch im Meer ersäuft: Die EU lässt es bewusst zu, dass Jahr für Jahr Tausende Menschen im „mare nostrum“, in unserem Mittelmeer, ertrinken (siehe Seiten 3 und 5).

Zweite Behauptung: Die Europäische Union verfolgt die Zielsetzungen einer stetigen „Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitskräfte“, der „Hebung des Lebensstandards“, der „Verringerung des Abstands zwischen den einzelnen Gebieten“ und des „Rückstands weniger begünstigter Gebiete“. So der Wortlaut des EU-Vertrags aus dem Jahr 1992 („Maastrichter Vertrag“; Artikel 117, 113 und Präambel). **Antwort FCE:** Tatsächlich gibt es seit Jahrzehnten ein enormes soziales und regionales Gefälle in der EWG/EG/EU. Dieses konnte nur zeitweilig verringert werden. Doch es verschwand nie. Es gab keine umfassenden Maßnahmen, diese Kluft verschwinden zu lassen. Seit 2009 wurde das soziale Gefälle durch die Krise der Peripherie-Länder vertieft. Irland, Griechenland, Spanien, Portugal und Zypern stecken in einer Sackgasse. Die EU verstärkt diese Krise, indem sie diese Länder zu einer Politik der „Austerität“ – des Sparens auf dem Rücken der kleinen Leute – zwingt. Dieses Gefälle hat für die großen Konzerne und Banken positive Folgen: In der Peripherie übernehmen diese ganze Industriezweige. So konnte Fraport zu einem Schnäppchenpreis den großen Teil der griechischen Regionalflughäfen übernehmen. In den reicheren Regionen setzen die Konzerne erfolgreich

darauf, dass Arbeitskräfte, die aus den wirtschaftlich schwachen Ländern kommen, die Löhne niedrig und die Profite hoch halten.

Dritte Behauptung: In der Selbstdarstellung der EU heißt es: „Die Umweltnormen der EU gehören zu den strengsten der Welt. Die EU-Umweltpolitik trägt zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft, zum Schutz der Natur und zur Sicherung von Gesundheit und Lebensqualität der Menschen in der EU bei.“

FCE-Antwort: Beim Thema Umwelt- und Klimapolitik mag des Öfteren der Volksmund Recht haben, wonach unter Blinden der Einäugige König sei. Ohne Zweifel sind z.B. die USA in Sachen Klimapolitik generell *nochmals schlechter* aufgestellt als die EU. Dennoch gilt auch dies nicht grundsätzlich. Der VW-Skandal – der inzwischen ein allgemeiner Skandal der Autoweltbranche ist – konnte nur aufgedeckt werden, weil die Umweltbehörden in den USA – auf Bundesebene und in Kalifornien – noch einigermaßen unabhängig agieren. In der EU haben alle verantwortlichen Behörden den Pkw-Modellen mit manipulierter Motorensoftware die Zulassung erteilt. Der Einsatz von Glyphosat ist in den USA grundsätzlich gestattet. Doch er ist auch in der EU gestattet. Und der aktuelle Eiertanz auf EU-Ebene deutet darauf hin, dass es eine Verlängerung dieser Zulassung geben wird. Dabei ist die Gefahr, dass das Mittel krebserregend ist, auch aus EU-Sicht nicht auszuschließen. Die unabhängigen Verbraucherverbände gehen davon aus, dass die Krebsgefahr real besteht. Auf dem Gebiet des Schienenverkehrs betreibt die EU seit Jahrzehnten eine Politik zur Zerschlagung der einheitlichen Eisenbahnunternehmen (Forderung nach Trennung von Netz und Betrieb und nach „Öffnung des Verkehrsmarktes“). Als in Griechenland die Troika die reale Macht übernahm, bestand eines der ersten Ziele darin, die Eisenbahn zu privatisieren – was darin

münden muss, dass ein Großteil der verbliebenen Schienenverkehre aufgegeben wird. Der Referendumsbeschluss der Schweizer Bevölkerung, wonach der gesamte Lkw-Transit auf die Schiene verlagert werden muss, hätte in keinem EU-Mitgliedsland gefasst werden können bzw. der Europäische Gerichtshof hätte einen solchen Volksentscheid aufgehoben. Die Freiheit des Verkehrs hat in der EU einen höheren Rang als Lärmschutz, Umwelt und Klima.

Vierte Behauptung: „Die Europäische Union ist das größte Friedens- und Freiheitsprojekt aller Zeiten.“ So der Chefredakteur Peter Huth der Berliner Boulevard-Zeitung *BZ*. Im selben Tonfall argumentierte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in *Bild*: „Die europäische Familie [...] ist das Beste, [...] damit die Menschen in Frieden leben.“

Antwort FCE: Bereits die EWG (später EG, dann EU) hatte immer schon eine militärische Komponente (EVG; WEU). Mit dem Vertrag von Maastricht von 1992 wurde diese ausdrücklich ausgebaut und das Ziel einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ und einer „gemeinsamen Verteidigungspolitik“ ausgerufen. Seither wurde eine europäische Rüstungsindustrie aufgebaut (bei

der im Mittelpunkt die EADS mit Airbus steht). Seither gibt es militärische Einheiten, an der sich mehrere EU-Länder beteiligen und die für Auslandseinsätze aufgebaut werden. 1999 waren wichtige EU-Länder, darunter Deutschland, am Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien beteiligt. Inzwischen wird auch die Wirtschaftspolitik der EU aggressiv und kriegstreiberisch eingesetzt. Dies wurde in der Ukraine-Krise 2014/15 deutlich. Die EU verlangte von der Regierung in Kiew eine Entweder-Oder-Entscheidung: Entweder eine Assoziierung mit der EU oder die Beibehaltung der gewachsenen wirtschaftlichen Verträge und Verbindungen mit Russland. Nach dem Sturz einer korrupten, aber legal gewählten Regierung unter Wiktor Janukowytsch, nach dem Einsetzen einer neuen, ebenfalls korrupten Regierung unter Petro Poroschenko und nach der Entscheidung dieser neuen Regierung in Kiew, Russisch als zweite Amtssprache faktisch nicht mehr zu akzeptieren, kam es zur Eskalation: Die Ostukraine spaltete sich ab. Die Krim wurde von Russland (nach positivem Referendum) einverleibt. Es kam zum Krieg zwischen der West-Ukraine und dem Osten des Landes. Bilanz: Die EU betreibt eine Politik der Aufrüstung und Kriegstreiberei.

Europa von unten

Österreich



„Am 3. und 4. Juni kamen in Wien über Tausend Menschen zusammen unter dem Motto „Aufbruch – So wie bisher kann es nicht weitergehen“. Es waren Jugendliche, organisierte und ehemals organisierte Linke, BetriebsrätInnen, FlüchtlingshelferInnen, AntifaschistInnen und viele mehr die gemeinsam eine Kampagne unter dem Motto „Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten“ starten. Die Organisierungskampagne kann und soll auch zum Aufbau einer politischen Alternative führen. Denn eine solche ist dringend nötig: Die stetige Stärkung der rechtsextremen FPÖ ist eine ernsthafte Bedrohung. Diese kann deshalb so viele Stimmen erhalten, weil sie als einzige die real existierenden Probleme thematisiert und damit ein Ventil für die wachsende Wut anbietet. Dass sie diese Stimmung nach rechts kanalisieren kann, liegt vor allem am Fehlen einer starken linken Kraft. Nun sollen aktive regionale Strukturen von *Aufbruch* auf lokaler Ebene geschaffen werden, die die Botschaft einer neuen Linken auf die Straße, in die Nachbarschaften und Betriebe tragen können.“

Sebastian Kugler, Aktiv im „Aufbruch“ und Mitglied der Übergangskoordination

FaktenCheck:EUROPA Impressum & Bezugsmöglichkeiten

FaktenCheck:EUROPA erscheint erstmals im Juli 2018 und stellt eine Weiterentwicklung der Zeitschrift FaktenCheck:HELLAS dar, die 2015 mit fünf Ausgaben und zeitweilig in fünf Sprachen erschien. Aufgrund der niedrigen Abnahmepreise eignet sich FaktenCheck:EUROPA ideal für ein Verteilen auf Veranstaltungen, für ein Auslegen in Kulturzentren, Bürger- und Gemeindehäusern usw. Bezugspreise wie folgt:

– bei Bestellungen zwischen 1 – 99 Ex.: 25 Cent je Ex.

– bei Bestellungen ab 100 Ex.: 15 Cent je Ex.

Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung. Bitte keine Vorkasse – nur nach Erhalt der Rechnung und mit Angabe der Rechnungs-Nr. bezahlen!

Redaktion Nikos Chilas, Sebastian Gerhardt, Sascha Stanicic, Werner Rügemer, Mag Wompe, Winfried Wolf (V.i.S.d.P.)

Träger BFS – Büro für Frieden & Soziales e.V.

Konto (für Spenden, nicht Vorkasse) BFS e.V., MBS-Mittelbrandenburgische Sparkasse

IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 SWIFT-BIC: WELADED1PMB

FaktenCheck:EUROPA finanziert sich ausschließlich durch die oben aufgeführten Unkostenbeiträge für Zeitungen und durch Spenden.

E-Mail-Adresse für Bestellungen bestellen@faktencheckhellas.org

Website www.faktencheckhellas.org

Linke Kampagne pro Brexit

Interview mit Enrico Tortolano von „Trade Unionists against The EU“

Warum haben Sie sich gegen den Verbleib Großbritanniens in der EU engagiert?

Früher war ich Leiter der politischen Abteilung einer großen Gewerkschaft im öffentlichen Dienst. Heute bin ich der Kampagnen-Direktor von Trade Unionists against the EU. Wir sind ein Zusammenschluss von Gewerkschaftern verschiedenster Gewerkschaften aus ganz Großbritannien. Wie die allermeisten anderen Menschen auch bin ich täglich direkt mit der EU konfrontiert. Für mich ist das Schicksal Griechenlands nur ein Beispiel für den brutalen Charakter der EU.

Welche Auswirkungen hat die EU auf die gewerkschaftliche Arbeit in Großbritannien?

Gewerkschafter finden sich in einem antidemokratischen Apparat gefangen, der von Großunternehmen erschaffen wurde, um Arbeiterrechte zu zerstören, Austerität zu erzwingen und Arbeiterwiderstand zu paralysieren. Die EU ist rassistisch, imperialistisch, gegen Arbeiter gerichtet und antidemokratisch. Sie funktioniert voll und ganz nach den Bedürfnissen der Superreichen. Eine Zukunft ohne Austeritätspolitik kann es nur geben, wenn der Kampf zum Verlassen der EU gewonnen wird. Neoliberale Politik dominiert die Europäische Kommission, das Europaparlament, die Europäische Zentralbank und den Europäischen Gerichtshof. In Europa sind 22 Millionen Menschen arbeitslos und überall gibt es Unterbeschäftigung. Millionen Jobs sind schlecht bezahlt und unsicher. Unsere Renten stagnieren und unsere Schulden steigen in astronomische Höhen. Wir leben von Woche zu Woche, können uns die Mieten oder Hypotheken nicht leisten, Energiekosten, Telefonkosten, der öffentliche Nahverkehr, Kinderversorgung: Alles wird immer teurer.

Der TUC hat sich für den Verbleib in der EU eingesetzt und behauptet, dass man nur so Arbeiterrechte vor den Tories schützen könne. Wie sind Sie damit umgegangen?

Das ist absurd. Die EU ist als Organisation des kapitalistischen Establishments geschaffen worden. Die Mehrheit von Labour der Gewerkschaftsbewegung sind leichtgläubig, wenn sie an den Mythos des sozialen Europas glauben. Der frühere, leider verstorbene Generalsekretär der Transportarbeitergewerkschaft RMT Bob Crow hatte vollständig recht als er sagte: „Kein einziger Job ist durch EU-Gesetzgebung gerettet worden. Sie ist voller arbeitgeberfreundlicher Schlupflöcher, die genutzt werden, um jeden möglichen Vorteil für die Arbeiter

zu ignorieren. Gleichzeitig sind Zero-Hours Verträge und Leiharbeit zum Normalzustand geworden. Kollektive gewerkschaftliche Rechte und sichere Arbeitsverhältnisse wurden abgebaut.“ Arbeiterrechte werden nur durch unsere kollektive Stärke und konkrete Kämpfe – fast immer auch gerichtet gegen die EU – errungen.

Wie sind Sie mit dem Vorwurf umgegangen, dass eine Stimme gegen die EU eine Stimme für UKIP sei?

Die EU ist doch in erster Linie eine rassistische Festung Europa, die alles tut, um Flüchtlinge aus Syrien und anderen Ländern aufzuhalten. Jeden Tag ertrinken Flüchtlinge im Meer. Wer nach Europa gelangt, wird oft in Lager gesperrt. Außerdem betreibt die EU wirtschaftspolitischen Terrorismus. Es gibt eine aggressive Handelspolitik, insbesondere gegenüber afrikanischen Ländern. So wird Armut gesteigert und die Reichen, weißen 1 Prozent der Bevölkerung werden reicher. Auch Solidarität zwischen den EU-Staaten existiert nicht. Zwischen Deutschland und Griechenland gibt es heute Spannungen, wie man sie seit 1945 nicht gesehen hat.

Wie haben Gewerkschafter auf Ihre Kampagne reagiert?

Wir hatten Unterstützung aus allen Teilen der britischen Gewerkschaftsbewegung und von Gewerkschaften aus ganz Europa. Jetzt haben wir gesehen, wie Millionen von Gewerkschaftsmitgliedern und Menschen aus der Arbeiterklasse für ein Verlassen dieser neoliberalen EU gestimmt haben. Das war eine Ablehnung des politischen Establishments und ihrer Institutionen. Gewerkschafter sind sich über die soziale Desintegration, den wirtschaftlichen Niedergang und das demokratische Defizit der EU im Klaren. Die wichtigsten EU-Initiativen waren die Strategie des gemeinsamen Marktes, die europäische Wettbewerbspolitik, wirtschaftliche Integration und der Wachstums- und Stabilitätspakt. Freihandel, freier Kapitalverkehr und Schuldenbremsen werden gefördert, kollektive Interessen bekämpft.

Was sollte aus gewerkschaftlicher Sicht nun passieren?

Artikel 50 des Lissabon-Vertrages muss sofort angewendet werden. Die Medien und das politische Establishment werden versuchen, die Lage zu manipulieren. Arbeitende Menschen müssen wachsam sein.

Das Interview führte Christian Bunke

Herausgeberinnen und Herausgeber von FaktenCheck:EUROPA:

Tom Adler Stuttgart, IGM, Stadtrat, ehem. BR Daimler · Prof. Elmar Altvater Berlin · Daniel Behruzi Frankfurt/M. · Achim Bigus Osnabrück IGM-VK-Leiter · Georg Brzoska Berlin Soziologe · Nikos Chilas Athen/Berlin Journalist (To Vima) · Prof. Frank Deppe Marburg · Prof. Ulrich Duchrow Heidelberg · Jochen Dürr Schwäbisch Hall AG Betrieb und Gewerkschaften DIE LINKE · Leslie Franke und Herdolor Lorenz Hamburg Film „Wer rettet wen?“ · Johannes Hauber Mannheim IGM, ehem. BRV · Andrej Hunko Aachen MdB DIE LINKE · Sebastian Gerhardt Berlin, Redaktion Lunapark21 · Lothar Geisler Dortmund Redaktion Marxistische Blätter · Annette Groth Stuttgart MdB DIE LINKE · Heike Hänsel Tübingen MdB DIE LINKE · Willi Hajek Bochum tie global · Inge Höger MdB Herford DIE LINKE · Bernd Köhler Mannheim Musiker · Stephan Krull Magdeburg · Thomas Kuczynski Berlin · Sabine Leidig Hanau, MdB DIE LINKE · Volker Lösch Berlin, Regisseur · Prof. Ingrid Lohmann Hamburg · Prof. Birgit Mahnkopf Berlin · Prof. Mohssen Massarat Berlin · Prof. Norman Paech Hamburg · Tobias Pflüger Tübingen stellv. Parteivorsitzender DIE LINKE · Christine Prayon Stuttgart, Kabarettistin · Nadja Rakowitz Frankfurt/M., Redaktion express · Lucy Redler Berlin Parteivorstand DIE LINKE und SAV · Werner Rügemeier Köln Philosoph · Walter Sittler Stuttgart Schauspieler · Eckart Spoo Berlin Redaktion Osietyky · Sascha Stanic Berlin SAV · Margarita Tsomou Berlin Red. missy · Dorothee Vakalis Tessaloniki PfarrerIn i.R. · Winfried Wolf Michendorf Redaktion Lunapark21 · Mag Wompep Bochum Labournet.de · Lucas Zeise Frankfurt/M. Chefredakteur UZ · Prof. Susan Zimmermann Wien. Unterstützende Organisationen, Initiativen & Publikationen: Aktion gegen Arbeitsunrecht · express · LabourNet Germany · Lunapark21

Erdoğan, Merkels Partner

Meral Camcı, Istanbul

Der Wahlerfolg der pro-kurdischen HDP im Juni 2015 war eine vielversprechende neue Möglichkeit für große Teile der Gesellschaft, die keine Vertretung im Parlament hatten. Sofort begann eine massive Kampagne, die auf alle widerständigen sozialen Gruppen zielte, besonders auf Linke und Linkliberale. Vor diesem Hintergrund erfolgte die Wiederholung der Wahlen am 1. November. Die HDP verlor einen Teil ihrer Wähler, während die Regierung und die anderen Rechten zulegte. In kurdischen Städten wie Cizre, Silopi, Sur, Nusaybin wurde Tausende zur Flucht gezwungen, viele Menschen, auch Kinder, starben, Hunderte wurden während der Angriffe verletzt.

In diesem Moment erhob sich westlich des Euphrat eine neue Stimme gegen diese Untaten: Die Akademiker/innen für den Frieden. Erstmals gab es ein solidarisches Engagement aus dem Bereich der Universitäten und aus dem Westen der Türkei. Wir, die 1128 Akademiker/innen für den Frieden, werden nicht Teil dieser Verbrechen sein! Die Antwort waren Entlassungen und Pensionierungen, juristische Untersuchungen, Suspendierungen, Verhaftungen. Es begann eine Art akademischer Hexenjagd. Dieser Krieg gegen die Freiheit ist noch lange nicht vorbei.

Das beste Hotel Europas

Im Athener Hotel City Plaza haben 400 Geflüchtete eine menschenwürdige Unterkunft gefunden. Sie kamen mit nichts und bezahlen nichts.

Das City Plaza ist ein Hotel im Herzen von Athen. Es war ein Symbol der griechischen Krise. Jahrelang war es geschlossen. Heute ist das City Plaza wieder geöffnet und voll belegt. Die neuen Gäste kommen von überall her. Aus Syrien, dem Irak, Pakistan, Iran oder Afghanistan. Die Menschen im Hotel kamen mit nichts und bezahlen nichts.

Im City Plaza finden die Geflüchteten einen Ort, der ihnen Privatsphäre ermöglicht – in einer Atmosphäre der Sicherheit und Würde. Das gilt für alle 400 Gäste im Hotel, aber besonders für die 185 Kinder unter ihnen. Das Hotel wurde im April von einer Aktionsgruppe aus Athen besetzt. Gemeinsam managen jetzt viele solidarische Menschen mit den Geflüchteten den Hotelbetrieb. Staatliche Unterstützung gibt es keine. Aber dafür gibt es gutes Essen, saubere Flure, eine Apotheke, einen Friseur, sowie Sprachkurse, eine Bibliothek und

Die Prüfungen, denen wir uns gegenübersehen, sind zu groß. Die Europäische Politik macht hier alles schlimmer, was schon schlecht ist. Die Zugeständnisse an die türkische Regierung in den Fragen der Migration verdecken die umfassenden Menschenrechtsverletzungen. Diese Politik stärkt eine Staatsmacht, die schon zu stark ist.

Auf der einen Seite der Schlingerkurs der internationalen Politik, auf der anderen der Widerstand sozialer Gruppen zur Verteidigung von Menschenrechten, Demokratie, Arbeit und Frieden. Die internationale Solidarität stärkt und zeigt die Möglichkeit einer anderen Welt. Wir haben uns entschieden. Wir wissen, dass wir unsere Ziele nur mit internationaler Solidarität erreichen können.

Anm. FCE-Red: Meral Camcı und ihren Kolleg*innen Kivanç Ersoy, Esra Mungan und Muzaffer Kaya wird wegen der Unterzeichnung des Appells der Akademiker*innen für den Frieden und einer zusätzlichen Pressekonferenz zum Appell von der Staatsanwaltschaft „terroristische Propaganda“ vorgeworfen. Zwar sind die vier bei der ersten gerichtlichen Anhörung im April aus der Untersuchungshaft entlassen worden, der Prozess wird aber im September fortgesetzt. <https://barisicinakademisyenler.net/node/63> Bitte Solidarität zeigen, hier unterschreiben: <http://keinschmutzigerdeal.net/>

Rechtsberatung. Alles wird aus freiwilliger Arbeit getan und mit Spenden finanziert.

„Wir leben zusammen – Solidarity will win“. So das Motto im City Plaza. Das Hotel beweist jeden Tag aufs Neue, dass selbst inmitten von Krise und Armut ein solidarisches und herzliches Willkommen, ein menschenwürdiges Leben für alle möglich ist. Deswegen braucht der kollektive Hotelbetrieb unsere Unterstützung: Für 1000 Mahlzeiten am Tag, Strom und Wasser, Medikamente, frische Wäsche, Schulmaterialien und vieles mehr.

Vor allem aber, um ein politisches Beispiel sein und bleiben zu können: Das Hotel City Plaza ist ein Ort der Gleichberechtigung und Solidarität, das gelebte Gegenteil zur Festung Europa und ihrer Grenzen der Schande. Es ist ein Symbol der Hoffnung. Oder ganz einfach: Das City Plaza ist das beste Hotel Europas.

Jetzt buchen: www.europas-bestes-hotel.eu

Aus: Medico International

Kriege und das „Einer-rein-einer-raus-Abkommen“

Quinn Latimer und Adam Szymczyk

Die anhaltende militärische und politische Einmischung der westlichen Mächte und Russlands in Syrien hat zu einem blutigen, allzu vorhersehbaren Patt geführt – einer gern benutzten Figur in der Weltpolitik der Kriegstreiber. Zugleich gehen auch die Konflikte in Afghanistan, Irak und im subsaharischen Afrika weiter. Diese Kriege sind oft eine Folge westlicher Politik nach dem Ende der Kolonialära oder späterer Militärinterventionen. Sie haben Millionen Menschen in die Flucht vor ihrer unerträglichen Gewalt getrieben. Nun setzen diese Menschen beim Überqueren der Ägäis und des Ionischen Meeres gezwungenermaßen ihr eigenes Leben und das Leben ihrer Kinder aufs Spiel, um dann in Griechenland so gut wie ohne Aussicht auf Zuflucht zu landen. Sie sitzen hier in der Falle eines krisengeplagten Staates, und es droht ihnen als Folge des deutsch-türkischen „Einer rein, einer raus“-Flüchtlingsabkommens die sofortige Abschiebung in die Türkei. Dieser Tauschhandel erinnert – wenn auch in merkwürdig verzerrter Form – an den gewaltsamen Bevölkerungsaustausch von 1923 zwischen Griechenland und der Türkei nach dem Vertrag von Lausanne.

Auszug aus dem Editorial der Zeitschrift „South“, Magazin der documenta 14.

Quinn Latimer ist die Chefredakteurin von „South“;

A. Szymczyk ist der künstlerische Leiter der documenta 14.

Ein Jahr Ochi-Referendum – Oder: Tsipras und sein 99-Jahresplan

Der Fluch der bösen Tat

Nikos Chilas

Er hat keine glückliche Hand mehr. Was immer Alexis Tsipras seit dem letzten Sommer anfasst, wird ihm und seinem Land zum Verhängnis. Erst hat er das Referendum des 5. Juli 2015 vermasselt, indem er aus einem lauten „Ochi“ (Ochi, Nein) ein winselndes „Nai“ (Ne, Ja) machte – und so die 61,3 Prozent der Griechen, welche die Auflagen der Geldgeber eindeutig abgelehnt hatten, verprellte. Dadurch verwandelte er den wichtigsten Sieg der Massenbewegung seit Krisenbeginn in eine schmachliche Niederlage. Sodann gab er dieser Niederlage die Form einer formellen Kapitulation, indem er in den Morgenstunden des 13. Juli in Brüssel ein Dokument unterschrieb, mit dem er zusammen mit dem staatlichen Besitz auch die staatliche Souveränität des Landes veräußerte. Schließlich, nachdem er die Spaltung seiner Partei Syriza provoziert hatte, rief er Neuwahlen für den 20. September aus. Diese gewann er zwar souverän, doch stellte er seinen Sieg in den Dienst der Geldgeber.

Diese Pechsträhne riss seit damals nicht mehr ab. So sind auch die 10,3 Milliarden Euro, die Mitte Juni von der Quadriga der Geldgeber – bestehend aus Europäischer Union, Europäischer Zentralbank (EZB), dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und dem Europäischem Stabilitätsmechanismus (ESM) – ein Danaergeschenk, mit dem der griechische Schuldenberg weiter wächst. Den größten Teil davon muss er für die Tilgung von Staatsanleihen aufwenden – er fließt sofort automatisch in die Schatullen der Geldgeber zurück. Den Rest gibt er für die Begleichung von kurzfristigen Schulden des griechischen Staates an private Großunternehmen aus. Für produktive Investitionen bleibt also kein einziger Euro. Dafür muss seine Regierung neue Auflagen der Kreditgeber im Steuer- und Sozialbereich erfüllen, welche seine Vision von Wachstum und sozial gerechter Umverteilung zum Sommernachtstraum machen. Wie immer schon bei derartigen „Hilfsaktionen“ handelt es sich um vergiftetes Geld, das dem griechischen Ministerpräsidenten nur kurzfristig hilft, mittel- und langfristig ihn aber ins weitere Verderben stürzt.

„Es ist der Fluch der bösen Tat“ urteilte der Kommentator eines griechischen Radiosenders. In der Kapitulation vom 13. Juli hatte einen Paradigmawechsel in der Geschichte der Linken europaweit bewirkt. Der Syriza-Vorsitzende und Ministerpräsident habe dabei nicht nur eine historische Niederlage erlitten. Er sei auch, wenn auch unfreiwillig, zum „Büttel“ der Gläubiger geworden, zum Vollzugsorgan ihres Programms.

Der Fluch ist offensichtlich beständig. Die Regierung Tsipras muss bis zum Auslaufen des dritten Hilfsprogramms (oder dritten „Memorandums“) bis Mitte 2018 insgesamt 277 „Reformen“ umsetzen. Davon hat sie bisher nur 80 abgehakt, es bleiben also noch 197 unerledigt. Die Umsetzung von weiteren 15 Reformen, darunter einer Arbeitsrechtsreform, die u.a. auf die faktische Zerschlagung des Streikrechts abzielt, steht unmittelbar bevor. „Keine Atempause für Tsipras“ schlussfolgert das *Handelsblatt*. Der Stress wird ihm zum ewigen Begleiter.

Die Atemlosigkeit erklärt sich aus der Natur der Maßnahmen, die in einem krassen Gegensatz zum Programm von Syriza stehen. Zwei Beispiele dazu, die in den vergangenen zwei Monaten beschlossen wurden:

- ⊠ Zusätzliche Steuern von 1,8 Milliarden Euro (u.a. Erhöhung der Mehrwertsteuer von 23 auf 24 %).
- ⊠ Die Errichtung eines neuen Fonds, in den alle Vermögenswerte des griechischen Staates fließen – darunter auch 72 000 Immobilien. Sein Ziel ist die Einnahme von 50 Mrd. Euro durch Verkauf oder „Verwertung“ der Besitztümer. 50 Prozent davon werden für die Rekapitalisierung der Banken aufgewendet, je 25 Prozent sollen für die Bedienung der Staatsschulden und für produktive Ausgaben des griechischen Staates eingesetzt werden. Der Fonds ist auf



99 Jahre aufgelegt, sein Aufsichts- und Verwaltungsrat steht unter der Patronage des ESM. Damit hat die Quadriga Griechenland den längsten Wirtschaftsplan in der Geschichte aufgezwungen – er übertrifft um ein Mehrfaches die Fünf- und Zehnjahrespläne der ehemals realsozialistischen Länder. Am Ende steht der totale Ausverkauf: Das Land wird sich selbst fremd sein, über keine öffentlichen Güter mehr verfügen.

Ein charakteristisches Beispiel ist der Verkauf des ehemaligen Athener Flughafens Ellinikon, der 620 Hektar umfasst und direkt am Meer liegt. Er gilt zu Recht als der teuerste an der Küste gelegene Baugrund Europas. Sein Wert wird von unabhängigen Experten auf mehr als drei Milliarden Euro geschätzt. Doch die Führung des Fonds verscherbte ihn für 915 Millionen Euro an den griechischen Reeder Latsis. Auf der Fläche wird nun eine Stadt mit Penthouses für 27 000 Personen gebaut – aus dem ursprünglich geplanten Park für die Athener Bevölkerung wird wohl nichts mehr werden.

Tsipras in der Zwickmühle: Er hat nicht nur das laufende Memorandum umzusetzen, sondern auch das „Erbe“ der vorherigen zwei zu verwalten. Das sind hunderte Gesetze, die angeblich auf die Modernisierung von Administration, Wirtschaft und Finanzen hinzielen, in Wirklichkeit aber Griechenland zu einer sozialen Wüste verwandeln.

Tsipras ist das Opfer einer Erpressung, die er durch einen Rücktritt hätte vermeiden können. Er hat sich trotzdem für den Verbleib in der Regierung und die Umsetzung des Memorandums entschieden. Dennoch versucht er ehrlich die Auswirkungen seiner Politik zugunsten der ärmeren Schichten abzumildern. Dies ist eine Sisyphusarbeit, aber auch seine wirksamste Ausrede. Dass er mit seinem „linken“ Memorandum irreparable Schäden anrichtet, rechtfertigt er damit, dass jeder andere an seiner Stelle viel nachgiebiger gegenüber den Gläubigern gewesen wäre. Er selbst sei zudem die Garantie für eine soziale und wachstumsfreundliche Politik, die parallel zum Memorandum läuft, oder, genauer gesagt, demnächst mit den Milliarden aus dem Juncker-Investitionspaket laufen werde.

Alles deutet darauf hin, dass dem neu gestylten Tsipras nicht mehr von der Bevölkerung geglaubt wird. Er wird bloß geduldet, weil die Oppositionspolitiker noch ungläubiger wirken. Seine Zukunft hängt nur vom Ausmaß dieser Geduld ab.

Wann diese reißen wird, ist nicht klar. Die Veranstaltungen zum Jahrestag des Referendums vom 5. Juli könnten erste Hinweise dazu geben. In Griechenland (und anderswo in Europa) fühlen sich unzählige Leute durch die wundersame Umwandlung des „Nein“ in ein „Ja“ betrogen. Große Massenmobilisie-

rungen an diesem Tag wären ein böses Omen für Tsipras – auch angesichts der geplanten Maßnahmen im kommenden Herbst ...

Tatsache ist, dass Tsipras als Ministerpräsident von militanten Mobilisierungen bisher verschont geblieben ist. Die General- und Branchenstreiks ab Mitte 2015 in Folge seiner Kapitulation hielten sich in Grenzen.

Seine eigenen Erfahrungen mit solchen Aktionen sind hauptsächlich positiv, da er sie vor 2015 als deren Mitorganisator gewonnen hatte. Diese Periode – zwischen 2011 und 2015 – fällt mit dem kometenhaften Aufstieg von Syriza zusammen. In jener Zeit

hatten in Griechenland, wie aus einer polizeilichen Statistik hervorgeht, 27.103 (!) Demonstrationen und Kundgebungen stattgefunden – eine rekordverdächtige Zahl. Dieses gewaltige Potential wusste Tsipras wirklich meisterhaft für seine Zwecke zu nutzen – damals, als er alles, was er auch in die Hand nahm, noch in Gold umwandeln konnte.

Heute ist er aber kein politischer Alchimist mehr. Er kann weder den Sinn des Referendums umdeuten, noch aus dem Gedächtnis der Aktiven die Erinnerung an die tausenden Aktionen löschen. Der Jahrestag des 5. Juli bietet also eine gute Gelegenheit für die Reaktivierung dieses Gedächtnisses. Und auch für neue Mobilisierungen – diesmal nicht zugunsten Tsipras, sondern gegen sein Memorandum.

Nikos Chilas war Mitbegründer von FaktenCheck:HELLAS, ist in der FCE-Redaktion aktiv und berichtet seit 1999 für die griechische Tageszeitung „To Vima“.

Europa von unten

Erfolgreicher Streik der Bus-Putz-Truppe



Nach einem fünfmonatigen Arbeitskampf haben die Reinigungskräfte der Athener Busgesellschaft OSY in Griechenland einen Sieg davon getragen. Wie so viele Beschäftigte, die in Subunternehmen arbeiten müssen, hatten sie nicht nur monatelang gar keinen Lohn erhalten, sondern über Jahre statt der vereinbarten 680 Euro nur 450 Euro monatlich ausgezahlt bekommen. Nach zwei Streiks von acht und fünfzehn Tagen und einer breiten Unterstützung durch linke und gewerkschaftliche Aktive müssen nun alle ausstehenden Löhne gezahlt werden.

Betroffen waren vor allem migrantische und weibliche Beschäftigte. Apostolis Kassimeris, Vorstandsmitglied der Busfahrergewerkschaft von Athen, sagte dazu: „Die besondere Bedeutung dieses Streiks besteht darin, dass viele der Reinigungskräfte dreifach unterdrückt sind – als Migrantinnen, Frauen und Niedriglöhnerinnen. Der Kampf ist ein Beispiel für andere Arbeiterinnen und Arbeiter, denn es kommt frühzeitig oft vor, dass Löhne nicht ausgezahlt werden.“ Er berichtet auch, wie die Reinigungskräfte sich zu Beginn der Auseinandersetzung kaum trauten, mit Gewerkschaftsvertretern überhaupt zu reden. Es waren dann fünfzehn Beschäftigte in einem Depot, die den Damm brachen: sie rebellierten und legten die Arbeit nieder. Letztlich beteiligten sich Kolleginnen und Kollegen in allen sieben Depots am Streik.

Der Arbeitskampf wirft auch ein Licht auf die Politik der Syriza-Regierung. Diese ist direkt für das Management des öffentlichen Busunternehmens zuständig und hätte frühzeitig darauf hinwirken können, dass der Vertrag mit dem Subunternehmen „Link Up“ gekündigt und die Reinigungskräfte direkt beschäftigt werden. Dies geschah nicht. Erst nach einem Protest der Reinigungskräfte vor der Syriza-Zentrale wurde mit diesen gesprochen und ihnen Unterstützung zugesagt.

Sascha Stanicic

Flüchtlinge in Griechenland – Wer entscheidet über ihr Leben?

Protest gegen die Umbildung der griechischen Asylausschüsse

Dimitris Aggelidis



Der Deal zwischen EU und Türkei vom 18. März wurde in Athen in offiziellen Kreisen mit Erleichterung, ja mit Begeisterung aufgenommen. Die Syriza-Regierung stellt sich damit jedoch gegen Politiken und Werte, die sie jahrelang als Oppositionspartei vertrat und in ihrem ersten Regierungsjahr umsetzte: Eine Absage an Fremdenangst und Rassismus, die Betonung der Menschenrechte und des Rechtsstaats. Diese Errungenschaften werden jetzt abgewickelt. Mit einer Gesetzesänderung griff die Regierung am 15. Juni ohne vorherige Debatte in die Zusammensetzung der Ausschüsse ein, die über Asylanträge entscheiden. Das Ministerium für Migrationspolitik brachte die Änderung völlig überraschend im Rahmen eines sonst unwichtigen Gesetzentwurfes vor. Ziel sind Kollektivausweisungen syrischer und anderer Flüchtlinge in die Türkei.

Heftige Reaktionen folgten sowohl innerhalb Syrizas wie durch soziale Träger und Menschenrechtsorganisationen. Sie beschuldigen die Regierung, die Unabhängigkeit der Ausschüsse zu untergraben und ins Asylverfahren unmittelbar politisch einzugreifen.

In den ersten drei Monaten nach dem EU-Türkei-Deal gaben die Asylausschüsse vielfach jenen Flüchtlingen Recht, die gegen erstinstanzliche Entscheidungen des Asylamtes Beschwerde eingelegt hatten. Die Asylausschüsse beurteilten die Anträge der Flüchtlinge überwiegend als „zulässig“, da die Türkei kein sicheres Drittland sei. Sie stützten sich dabei auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie auf Berichte internationaler Organisationen, unabhängiger Behörden und Menschenrechtsorganisationen. Sie widersprachen damit diametral der EU-Politik, die Flüchtlinge draußen zu halten. Die EU weigert sich, ihre Verantwortung hinsichtlich der Kriegsfolgen und der globalen wirtschaftlichen Ungleichheit zu übernehmen.

Dem Druck der EU, die Türkei per Gesetz als „sicheres Drittland“ anzuerkennen, widersetzte sich die griechische Regierung. Sie machte aber in diesem Sinn Druck auf die Mitglieder der Asylausschüsse. So wurde eine Mail des Generaldirektors Migration und Inneres der Europäischen Kommission, Matthias Ruete, weitergereicht, mit Hinweisen

für jene Fälle, in denen die Türkei als „sicheres Drittland“ gelten könnte.

Die Kommission fand einen Weg, ihre Politik durchzusetzen. Wie die griechische „Zeitung der Redakteure“ [EFSYN] enthüllte, drückte ein Funktionär des deutschen Innenministeriums seine „Überraschung hinsichtlich der erfolgreichen Beschwerden von Migranten und Flüchtlingen vor der zweiten Instanz“ aus und führt sie auf „die Beteiligung von NGOs am Flüchtlingsausschuss“ zurück. Dabei wies er bedeutungsvoll darauf hin, dass der deutsche Innenminister mit seinem griechischen Amtskollegen in Kontakt sei. Daraufhin folgten Erklärungen anonymer europäischer Amtsträger in der Presse, die die gleiche Lüge verbreiteten: Die Ausschüsse wären aus Mitgliedern von „NGOs der Zivilgesellschaft“ zusammengesetzt.

Natürlich war keine NGO an den Ausschüssen beteiligt. Sie bestanden aus einem Beamten und zwei Mitgliedern, welche vom Nationalrat für Menschenrechte, also dem unabhängigen Beratungsorgan des Staates, und dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen ernannt werden. Die durch

Europa von unten

Hafenstädte – Flüchtlingstädte – Solidarität

Am 16. März 2016 wurde in Barcelona ein Abkommen geschlossen, das in Sachen Flüchtlinge vorbildlich ist: Die Bürgermeisterin von Barcelona, Ada Colau, die Bürgermeisterin der italienischen Insel Lampedusa, Giuseppina Nicolini, und der Bürgermeister der griechischen Insel Lesbos, Spyros Galinos, unterzeichneten ein Unterstützungsabkommen in Sachen Migration. Danach sicherte die relativ reiche Stadt Barcelona den beiden Inseln technische, logistische, soziale und Umwelthilfe zu, damit diese die „Auswirkungen der massenhaften Ankunft von Menschen, die hier Zuflucht suchen, abmildern können“.

Ada Colau: „Barcelona hat die Mittel für Vereine, die mit Flüchtlingen arbeiten, deutlich erhöht. Wir haben die Solidarität der Bürger, die durch die Flüchtlingskrise entstand, zusammengeführt. Angesichts der offensichtlichen Untätigkeit der EU müssen wir deutlich mehr tun. Es ist an der Zeit, dass unsere Städte ihre Stimme erheben.“

Giuseppina Nicolini (Lampedusa): „Wir brauchen eine neue Vision unserer Heimat Mittelmeer. Wir müssen das Bild des Meeres als eine vermeintliche Grenze ändern. Es ist die EU, die uns diese falsche Definition vorgibt.“

Spyrios Galinos (Lesbos): „Wir müssen die wahre Wurzel des Problems aufzeigen, und dies sind die Bomben, die auf Syrien fallen. Die Personen, die an unseren Küsten ankommen, das sind die Opfer. Lesbos hat auch in dieser Krise nichts von seiner Schönheit verloren, im Gegenteil. Wir bewahren weiterhin unsere Natur und die Schönheit, die durch die Solidarität unserer Leute entsteht.“

Siehe „50 Flüchtlinge nach Osnabrück“ <http://50ausidomeni.de/>

die Gesetzesänderung eingeführte neue Zusammensetzung sieht nun zwei Justizangehörige und nur ein vom Hohen Kommissar zu ernennendes Mitglied vor. Es ist äußerst zweifelhaft, ob im Rahmen eines solchen Organs die Angehörigen der Justiz unabhängig handeln können. Schon in vielen Urteilen der griechischen Verwaltungsgerichte ist es nicht gelungen, die Menschenrechte von Flüchtlingen und Migranten zu schützen, die dann später vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Recht bekommen haben.

In letzter Zeit wenden sich griechische Beamte und Minister öffentlich gegen NGOs, Solidaritätsgruppen oder Menschenrechtsorganisationen, um deren Kritik hinsichtlich der Verletzung von Menschenrechten abzuwerten. Denn der hartnäckige Widerstand Griechenlands gegenüber dem Druck, die Grenzen an der Ägäis zu schließen, hat nur eines bewirkt: Die Grenze der Festung

Europa ist an die Grenze zwischen Griechenland und Makedonien verlagert. Würde Griechenland konsequent auf den Menschenrechte bestehen, müsste es eine unbekannte Anzahl von Flüchtlingen betreuen, mitten in einer tiefen Finanzkrise und ohne die notwendigen Einrichtungen im Land. Der einzige Ausweg für die Regierung war, dass der Flüchtlingsstrom in der Türkei aufgehalten wird – ohne Rücksicht auf die Menschenrechte und das Leben der Flüchtlinge. Die erzwungene Anpassung an die neue fremdenfeindliche Politik der EU bedeutet eine weitere Niederlage der linken Regierung. Eine Niederlage, die umso schmerzvoller und vollständiger ist, weil sie als Sieg ausgegeben wird.

Dimitris Aggelidis arbeitet als Redakteur für die griechische Tageszeitung „Zeitung der Redakteure“ [EFSYN]

Anzeige

Lunapark²¹ – Zeitschrift zur Kritik der globalen Ökonomie verfolgt seit acht Jahren, wie sich die Weltwirtschaftskrise als Schmelzbrand durch das Gebäude der kapitalistischen Weltwirtschaft frisst **Themen des aktuellen Hefts Weltwirtschaft im Frühjahr 2016.** Länderanalysen zu China, Taiwan, Russland, Polen, Spanien, Mexiko // Artikel u.a. zu Elektroauto, Migration & Arbeitsmarkt, Frauen & Klimawandel, Kohleausstieg, 5 Jahre Fukushima, TV-Sendung „Löwenzahn“ **Lunapark²¹** erscheint vier Mal im Jahr mit 72 Seiten **Lunapark²¹** gibt es an 400 Bahnhofskiosken in Deutschland & an ausgewählten Kiosken in Österreich, Schweiz & Luxemburg **Abo 24 Euro/Jahr Probeheft GRATIS** alle Anfragen abo@lunapark21.net

Festung Europa – Türsteher Griechenland

Anfang 2015, nach dem Wahlsieg von Syriza, änderte Griechenland seine brutale Flüchtlingspolitik. Boote mit Flüchtlingen wurden nicht mehr zurück- und die Menschen in den Tod gestoßen. Darauf änderten sich die Fluchtwege. Anstatt über das besonders gefährliche Mittelmeer in Richtung Italien mit Booten zu fahren, setzten nun viele Flüchtlinge von der Türkei aus zu den relativ nahe liegenden griechischen Inseln über. Als dann Hunderttausende über Griechenland, den Balkan, Österreich und Ungarn nach Westeuropa gelangten, gab es die bekannten traurigen Reaktionen: Zäune um Ungarn. Scharfe Kontrollen in Österreich. Neue Grenzabspernung Makedoniens an der Grenze zu Griechenland. Das große Flüchtlingslager in Idomeni an der griechisch-makedonischen Grenze.

Dann kam der Deal zwischen Merkel/ Erdogan. Die Türkei verhindert nun meist die Flucht durch scharfe Kontrollen. Flüchtlinge in Griechenland werden in die Türkei zurückgeschickt. Die Türkei wird zum „sicheren Drittstaat“ erklärt. Dazu *Pro Asyl*: „Für Flüchtlinge, die es trotz der gefährlichen Wege auf das EU-Gebiet schaffen, bedeutet dies, dass sie in die Türkei abgeschoben werden können. Individuelle Schutzbedürfnisse oder Fluchtgründe wie Krieg, Folter oder Verfolgung werden nicht berücksichtigt. In Griechenland wiederum mangelt es den Flüchtlingen an allem: An Unterkünften, Nahrungsmitteln, medizinischer Basisversorgung.“

Seither stecken rund 50.000 Flüchtlinge in Griechenland fest. Dabei hat Griechenland seit den 1990er Jahren mehr als eine Million Flüchtlinge aufgenommen. Das Land steckt tief in der Krise. Die Flüchtlingslager auf den griechischen Inseln werden zu Internierungslagern. Bislang wurden „nur“ einige hundert in die Türkei zurückgeschickt. Viele stellen nun Asylanträge in Griechenland selbst. Doch die Politik von Syriza schwenkt inzwischen um – in die rassistische Richtung, wie man sie bei der Vorgängerregierung kannte (siehe Artikel).

Gibt es weniger Flüchtlinge? Nein. Die Flucht wird teurer. Es profitieren die Schleuser. Die Grenzbefestigungen und Militäroperationen kosten hunderte Millionen Euro. Es profitiert die Rüstungsindustrie. Und erneut wählen wieder Zehntausende den Weg über Libyen nach Italien. Die Hilfsorganisation *Ärzte ohne Grenzen*: „Die europäischen Regierungen bauen höhere Zäune und setzen Hunde und Grenzpolizei ein, um Menschen, die Schutz und Hilfe brauchen, vor den Grenzen Europas aufzuhalten. Das ist eine empörende Reaktion [...] In den vergangenen zwei Jahren starben zehntausend Menschen beim Versuch, Europa über das Mittelmeer zu erreichen.“ Im Juni 2016 entschied diese Organisation, aus Protest gegen die brutale Flüchtlingspolitik der EU keine Gelder mehr von der EU oder EU-Mitgliedsstaaten anzunehmen.

Proletarier aller Länder, vereinzelt Euch?

Rechter Populismus und Migration

Sebastian Gerhardt

Gleich nach dem Erfolg des Brexit-Votums stellte Nigel Farage von der UKIP – der United Kingdom Independent Party – klar, dass ein zentrales Versprechen der Kampagne zum Verlassen der EU von ihm nie unterstützt worden sei: Die „350 Millionen Pfund“, die wöchentlich in das staatliche britische Gesundheitswesen gesteckt werden könnten, wenn nur erst die überflüssigen Überweisungen nach Brüssel wegfallen, diese 350 Millionen Pfund – über 420 Millionen Euro – werden nicht kommen. Nicht heute, nicht in zwei Jahren, gar nicht. Aber Nigel Farage hat damit kein Problem. Er hat dieses Versprechen ja nie unterstützt. Nur der ehemalige konservative Bürgermeister von London, Boris Johnson, muss nun sehen, wie er als neuer starker Mann der Konservativen Partei von den Versprechen wekommt, die er als Frontmann der rechten Brexit-Kampagne gemacht hat.

Die rechte Ablehnung der EU kreist um zwei Themen. Das eine ist die Kritik an der EZB, wie sie in Deutschland vor allem von der AfD vorgebracht wird. Die Ultraliberalen sehen in der Geldpolitik der Zentralbank eine unzulässige Einschränkung der Marktkräfte. Insbesondere die niedrigen Zinsen der letzten Jahre halten sie für eine Verletzung ihres Menschenrechts auf hohe Vermögens-einkommen. Dass die Zentralbank die Zinsen nicht bestimmt, sondern selbst der Marktentwicklung folgen muss – auf diese Idee kommen diese unzufriedenen Kleinbürger nicht. Auch das jüngste Scheitern der liberalen EZB-Kritiker vor dem Bundesverfassungsgericht am 21. Juni 2016 wird sie nicht in ihrem Vertrauen auf die allein selig machenden Wirkungen ungezügelter Konkurrenz erschüttern.

Doch mit der Geldpolitik haben die britischen Konservativen kein Problem. Das Vereinigte Königreich gehört nicht zur Euro-Zone. Alle daher rührenden – berechtigten oder unberechtigten – Kritiken entfallen. Dagegen rückten die Konservativen wie UKIP bereits in den Parlamentswahlen 2015 das zweite Thema der rechten EU-Kritik ins Zentrum: die Einwanderung. In diesem Wahlkampf hatte der konservative Premier David Cameron das Referendum über die EU-Mitgliedschaft versprochen: als Mittel, die eigene Partei zu einen und die Labour Party an die Wand zu drücken. Letzteres gelang, ersteres nicht. Die britischen Konservativen fremdeln seit Jahren mit der EU, die ihnen noch viel zu stark regulierend in die Wirtschaft eingreift. Mit dem Slogan einer Begrenzung der Zuwanderung zog Cameron in die Verhandlungen mit der EU. Ein Jahr später steht er als Zauberlehrling vor den Trümmern seiner Politik.

Schon im Wahlkampf 2015 ging es einerseits um die Flüchtenden, die etwa



von Calais aus versuchen, irgendwie über den Kanal zu gelangen. Kurz vor der Brexit-Abstimmung wurde mit drohenden Flüchtlingsströmen kräftig Stimmung gemacht. Vor allem aber ging es – andererseits – um die legale Einwanderung, unter anderem aus den Staaten der EU. Dabei wird im übrigen die Auswanderung aus Großbritannien seltener diskutiert: Jährlich verlassen 300 000 bis 450 000 Menschen das Land.

Die Medien skandalisieren gern die Arbeitsmigration aus Polen, die durch den Beitritt des Landes zur EU 2004 deutlich erleichtert wurde. Immerhin gab es Ende 2013 unter den gut 63 Millionen Einwohnern Großbritanniens nach offiziellen Angaben fast 700 000 Menschen, die in Polen geboren wurden. Inoffizielle Schätzungen belaufen sich auf etwa eine Million. Unter den Zuwanderern aus Europa bilden die Polen die größte Gruppe. Doch nicht alle von ihnen sind im arbeitsfähigen Alter, nicht alle sind beschäftigt. Sicher ist die Arbeitsmigration auf dem Arbeitsmarkt spürbar. Und wie alle Migranten aus ärmeren Ländern bekommen die Zuwanderer nicht die bestbezahlten Jobs. Von den polnischen Kollegen der *Inicjatywa Pracownicza*, einer linken Basisgewerkschaft, haben viele schon längere oder kürzere Zeit, teils mehrfach in Großbritannien gearbeitet. Sie sagen, dass von den drei echten Massenbewegungen der polnischen Gesellschaft – Fußballfans, katholische Kirche und Gewerkschaften – nur zwei auf die britischen Inseln mitgenommen wurden: Kirche und Fußball.

Dem sprichwörtlichen polnischen Handwerker deshalb Lohndrückerei vorzuwerfen, ist entweder dumm oder böseartig. In einer globalisierten Welt treffen auch auf den nationalen Arbeitsmärkten Menschen mit sehr verschiedenen

Lebensverhältnissen aufeinander. Was für die einen ein Hungerlohn wäre, weil sie mit ihrer Familie in einer Metropole mit hohen Preisen leben, kann für Migranten mit einer Familie in der Peripherie ein Auskommen für alle Angehörigen bedeuten. Dieser Gegensatz ist objektiv und nicht durch Wünsche oder Parolen, sondern nur durch gemeinsames Organisieren solidarischer Perspektiven aus der Welt zu schaffen.

Vor 20 Jahren waren es britische und irische Bauarbeiter, die auf den deutschen Arbeitsmarkt drängten. Denn zu Hause gab es für sie keine, schon gar keine gutbezahlten Jobs. Lange vor Maggie Thatcher hat sich eine ganz eigene, britische Tradition von Austerität und Lohndumping entwickelt. Und dann war es nicht besser geworden, sondern schlimmer. Auf dem Kontinent aber konnten sich die Bauarbeiter als Subunternehmer oder Selbstständige anbieten. Für die deutschen Unternehmen hieß das: geringere Sozialabgaben. Die Kollegen von den Inseln waren konkurrenzfähig. Auch das gab Konflikte. Doch als Jugendliche im brandenburgischen Mahlow am 16. Juni 1996 drei britisch-jamaikanische Bauarbeiter angriffen, da ging es nicht um Löhne, sondern um Rassismus. Sie verfolgten die Flüchtenden und führten einen schweren Autounfall herbei. Seitdem, seit 20 Jahren, ist Noël Martin aus Birmingham vom Hals abwärts gelähmt. In Mahlow hat sich vieles geändert, wie in anderen Gemeinden des Speckgürtels um Berlin. Und es gibt einen Jugendaustausch mit Birmingham und Aktive, die für Geflüchtete und gegen Rassismus arbeiten. Allerdings gab es im Februar 2016 auch einen Brandanschlag auf ein Gebäude, das

für eine Flüchtlingsunterkunft vorbereitet wurde.

Die offizielle Arbeitslosenrate in Großbritannien betrug im Mai 2016 gerade 5 Prozent. Zuletzt lag sie im Oktober 2005 auf einem so niedrigen Niveau. Die andere Seite der Medaille sind die vielen, die auch mit einem – oder mehreren – Jobs nicht über die Runden kommen. Doch das hat nichts mit der Migration, aber alles mit fast 40 Jahren neoliberaler Politik zu tun. Mit der Brexit-Kampagne ist es einer Strömung in der konservativen Partei gelungen, einen Teil der Empörung über Verarmung und Sozialabbau in ein neues, rechtes populistisches Projekt zu integrieren: Gegen „Brüssel“ und für das Vaterland! Solange die Empörung über die eigene Not auf die Migranten gerichtet wird, können die Streitigkeiten der Eliten um die Verteilung der großen Profite mit aller Heftigkeit ausgetragen werden. Wenn nur verschiedene Versionen herrschender Politik zur Abstimmung stehen, ist nichts zu befürchten. Bertolt Brecht mahnte einst: „Nationalismus wird nicht dadurch gut, dass er in den Köpfen armer Leute steckt. Er wird dadurch nur ganz und gar unsinnig.“ Recht hat er.

Sebastian Gerhardt war Mitinitiator von Faktencheck:HELLAS, er ist im Redaktions-team von FCE und Geschäftsführer von Lunapark21.

Europa von unten

IRLAND – Erfolg im Kampf gegen Wassergebühren

In Irland wurde das politische Establishment durch einen entschlossenen Kampf gegen die Einführung von Wassergebühren erschüttert. Vor der Einführung dieser Gebühren Ende 2014 wurde von der irischen Arbeiterklasse der Eindruck erweckt, sie stimme – anders als die widerständigen Griechinnen und Griechen – weitgehend mit der Austeritäts-Agenda überein.

Dann aber ereignete sich wie aus dem Nichts in den letzten zwei Jahren eine Abfolge von Massendemonstrationen und entwickelte sich eine höchst erfolgreiche in den Wohngegenden verankerte Boykottkampagne, die dazu führte, dass die Hälfte der Bevölkerung sich als nicht fügsam entpuppte.

Wir haben uns in dieser Bewegung für eine kämpferische Taktik eingesetzt. Wir sind dabei auch bereit, über die Grenzen des Gesetzes hinaus zu gehen. Im Verlauf der Auseinandersetzung musste die vorausgegangene Regierung einige taktische Rückzüge machen. So hatte sie die geplanten Gebühren gesenkt und die Einführung verzögert, in der Hoffnung, dies würde die Bewegung schwächen. Das hat aber nicht funktioniert. Die Wassergebühren wurden zu einem zentralen Thema der Parlamentswahlen im Februar 2016. Das Ergebnis waren starke Verluste bei den Regierungsparteien, eine Stärkung der Linken und die Bildung einer sehr schwachen konservativen Minderheitsregierung. Nun wird ein Gesetz vorgelegt, mit dem die Wassergebühren ausgesetzt würden. Damit wären sie zwar nicht offiziell abgeschafft. Doch die Menschen sehen das als einen Erfolg. Sie ziehen daraus die Schlussfolgerung: Es lohnt sich zu kämpfen. Das Establishment kann geschlagen werden.

Michael O'Brien ist Stadtrat für die Socialist Party und für die Anti-Austerity-Alliance in Dublin. Er ist ein führender Aktivist der Kampagne gegen die Wassergebühren.



Kampf in Frankreich – Perspektiven für Europa

Mobilisierungen gegen das Arbeits-„Reform“-Gesetz

Werner Rügemer

Frankreich 2016: Zum ersten Mal in einem Staat der „westlichen Wertegemeinschaft“ gibt es massiven, nachhaltigen Protest gegen Arbeitsrechts-„Reformen“ des neoliberalen Zeitalters. Er ist vorbildlich für Europa.

Am 15. Dezember 2015 erklärte der Präsident des französischen Unternehmerverbandes MEDEF, Pierre Gattaz: „Es ist Zeit zu handeln und zwar extrem kräftig.“ Die Regierung müsse die starren, protektionistischen Regeln des bisherigen Arbeitsrechts abschaffen. Nur so könne Frankreich wieder zu „Wachstum gelangen“ und sogar „Vollbeschäftigung“ erreichen. Anderthalb Monate später veröffentlichte die Regierung des Staatspräsidenten Francois Hollande den Entwurf des Arbeits-„Reform“-Gesetzes. Er entspricht den wesentlichen Forderungen von MEDEF.

Der Gesetzentwurf enthält zunächst die Standards solcher „Reformen“ wie man sie in der „Agenda 2010“ der deutschen Regierung unter Bundeskanzler Schröder (SPD) zusammengefasst findet: Lockerung des Kündigungsschutzes, Teilzeit- und befristete Verträge, Ausdehnung der Leiharbeit. Das Gesetz geht jedoch noch weiter: Bevorzugt werden innerbetriebliche Verträge – eine gezielte Schwächung der Gewerkschaften. Frankreich soll nicht nur in einen Dumping-Wettbewerb mit anderen EU-Staaten gehetzt werden. Darüberhinaus sollen sich in Frankreich Unternehmen gegenseitig zulasten der abhängig Beschäftigten niederkonkurrieren.

Seit März 2016 entwickeln sich massive Proteste, auch weil Hollande keine Parlamentsmehrheit für das Projekt hat und das Gesetz autoritär per



Notverordnung am Parlament vorbei durchgedrückt werden soll. Schüler und Studierende als zukünftig besonders Betroffene verlassen Unterricht und Vorlesungen und versammeln sich. Öffentliche Plätze

werden besetzt. Es entwickelte sich die Nuits debout-Bewegung: „Aufrecht in der Nacht“. Arbeiter streiken, legen die öffentliche Infrastruktur lahm – bei der Bahn, bei Öl-Raffinerien, im Zivillflug- und Lkw-Verkehr, bei der Müllentsorgung und in Häfen. Gezielt wurde das



US-Unternehmen ADP bestreikt, das mit europäischem Hauptquartier in Paris die meisten Personalabrechnungen und Human Resources-Dienstleistungen für Unternehmen erledigt.

Die großen Gewerkschaften sind gegen das Gesetz,

mit Ausnahme der ehemals christlichen Gewerkschaft CFTD. Die CGT hat zu Spenden für eine Streikkasse aufgerufen, aus der auch Nicht-Gewerkschafter unterstützt werden. Massendemonstrationen und Umfragen verdeutlichen: Drei Viertel der Bevölkerung sind gegen das Gesetz.

Notstandsregelungen gegen Terroristen und Lohnabhängige

Gattaz hatte auch gefordert: „Gegen die Arbeitslosigkeit muss man genau so heftig vorgehen wie bei den Attentaten der Terroristen, also mit einem Notfallplan für Wachstum und Beschäftigung.“

Auch diese Forderung erfüllte Hollande. Er stürzt sich und seine Partei in den politischen Selbstmord und begünstigt damit die Rechtsentwicklung. Er versuchte das Offensichtliche durch kuriosen Humor zu unterlaufen: Er wisse sich, scherzte er, „bei diesen Reformen unter der Aufsicht von Brüssel und Berlin – man braucht nur Felder anzukreuzen“. Er nutzt die zusätzlichen Notstandsmaßnahmen, die wegen der Fußball-Europameisterschaft verhängt wurden. Staatliche Provokateure in Zivil stiften Randalen an. Gegen Protestierende setzt die Polizei willkürlich Gewalt ein, Verhaftete werden gruppenweise vor Gericht abgeurteilt.

Wie bei der Agenda 2010 und der Austeritätspolitik der Troika ist die Arbeits-„reform“ auch in Frankreich mit der Kürzung öffentlicher Ausgaben verbunden. Das hat nicht nur in „schwachen“ EU-Staaten wie Griechenland, Spanien und Portugal zu neuen Formen der prekären, Unter- und Nichtbeschäftigung geführt, sondern auch im „starken“ Meister-Deutschland.

Vorgriff auf CETA und TTIP

Auch die Europäische Kommission drängt weiter. Sie warnte jetzt die Musterschüler der deutschen Merkel-Regierung, dass der Mindestlohn für ausländische Lkw-Fahrer, die in Deutschland unterwegs sind, unzulässig sei. Mit den Freihandelsabkommen CETA und TTIP sollen die beiden am intensivsten vernetzten Wirtschaftsregionen der Welt, Europäische Union und USA (mit Anhängsel Kanada), noch weiter neoliberal durchdrungen werden. Sie sind schon die bisher größten Antreiber für Niedriglöhner und Prekarität, sowohl innerhalb ihrer Staaten wie auch durch weltweit ausgelagerte Aufträge und Filialen.

Auch in Frankreich dominieren in den technologisch und renditemäßig führenden Wirtschaftssektoren – IT, Telekommunikation, Luft- und Raumfahrt, Rüstung, Medizintechnik, Transportlogistik, Human Resources – inzwischen angelsächsische Unternehmen und Investoren.

32 Prozent aller ausländischen Investitionen in der EU entfallen inzwischen auf US-Unternehmen, voran gegenwärtig Amazon, General Electric, IBM, UPS, Uber sowie Kapitalorganisatoren wie Blackrock, Carlyle und Blackstone. Frankreich war in den letzten Jahren derjenige EU-Staat, der von US-Investoren am meisten bevorzugt wurde (nachdem das vorher die Bundesrepublik gewesen

war). Frankreich lag damit laut dem Jahresbericht 2015 von *Business France* noch weit vor den Niederlanden und Großbritannien.

Man kann das auch am Unternehmen des MEDEF-Präsidenten Gattaz verdeutlichen: Radiall, an der New Yorker Börse gelistet, ist vor allem als high tech-Zulieferer für US-Konzerne aktiv: für Boeing, Rockwell, Motorola, ITT Defense, aber auch für Thales und Airbus. Vor allem in den ausländischen Niederlassungen beschäftigt Radiall mehrheitlich Leiharbeiter. Gattaz, der Frankreich als wachstumshemmende „Steuerhölle für Unternehmen“ bezeichnet, zahlt in Frankreich selbst nur 3 Prozent Gewinnsteuer und sichert sich hohe Staatssubventionen: eben das ganze, verschärfte neoliberale Programm.

Europaweite Vernetzung

Die Proteste in Frankreich sind vorbildlich. 1. Sie finden erstmals in einem wichtigen kapitalistischen Staat statt – nachdem solche Arbeits-„Reformen“ in Deutschland, Großbritannien, Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Spanien, Irland und Italien ohne vergleichbaren Widerstand durchkamen. 2. Die Proteste sind erfindungsreich, nachhaltig und machtvoll. 3. Der massenhafte Protest zeigt auch Perspektiven auf: Kritik der gesamten Austeritätspolitik, die nicht nur den innergesellschaftlichen, sondern auch den europäischen Zusammenhalt zerstört; Vorschläge für arbeitsplatzschaffende Produkte und für Investitionen, die zum Beispiel in die ökologische Umwandlung der Energie- und Transportsektoren gelenkt werden sollen; Arbeitszeitverkürzung für alle.

Die europaweite und transatlantische Vernetzung der Protestbewegungen (die in den USA zum ersten Mal seit Jahrzehnten politisch durch den Präsidentschaftskandidaten Bernie Sanders sichtbar wird) steht auf der Tagesordnung. In Belgien finden gleichzeitig ähnliche, weniger beachtete Proteste gegen die dortige „Reform des Arbeitsrechts“ statt (siehe Kasten S.8). In Griechenland hat die Initiative *MayDayStopTheCoup* zur Aufwertung der Arbeit und zu kollektiven Tarifverträgen aufgerufen (Aufruf in 5 Sprachen: www.mayday.gr). Der Beirat von attac Deutschland hat mit acht weiteren Initiativen zu europäischer Solidarität aufgerufen (www.arbeitsunrecht.de). *Alter Summit* lädt zum 25./26. November nach Brüssel ein: „Soziale und Arbeitsrechte: Kämpfe in Europa stärken und vernetzen“ (www.altersummit.eu/mobilisation).

Von Werner Rügemer und Elmar Wigand erschien 2014 das Buch „Die Fertigmacher. Arbeitsunrecht und professionelle Gewerkschaftsbekämpfung“ (PapyRossa).

Frankreich: Aggressive Arbeitsrechts-„Reform“

Projet de loi visant à instituer de nouvelles libertés et de nouvelles protections pour les entreprises et les acti-ve-s – so lautet der umständliche Titel des „Gesetzentwurfs zur Einrichtung neuer Freiheiten und neuer Schutzformen für die Unternehmen und die Aktiven“. In progressiver Gender-Manier wird bei den Lohnabhängigen nun auch die weibliche Form genannt (acti-ve-s). Gleichzeitig sollen aber die Begriffe „Lohnabhängige“ und „Arbeiter“ durch das neutrale Wort „die Aktiven“ ersetzt werden: zynische Wort-Politik.

Der Zynismus besteht vor allem darin, dass die „neuen Freiheiten“ und die „neuen Schutzformen“ nur für die Unternehmensführungen gelten. Nirgends kann man im Gesetzentwurf neue Freiheiten oder Schutzformen für die abhängig Beschäftigten finden, im Gegenteil. Die Chefs sollen mehr Freiheiten bekommen, etwa bei Entlassungen, bei Überstunden, bei Befristungen, wenn es die „Marktsituation“ des Unternehmens erfordert – wobei diese Marktsituation allein von den Chefs definiert wird. Es sollen verschiedene Formen befristeter und hintereinander schaltbarer Arbeitsverträge eingeführt werden, auch solcher, in denen dem Arbeitgeber offengelassen wird, wann er sie beenden möchte.

Das Gesetz geht an manchen Stellen noch weiter als das Vorbild der deutschen Agenda 2010: Arbeitgeber können unbezahlte Mehrarbeit verordnen, inner- und einzelbetriebliche Verträge werden bevorzugt – eine gezielte Schwächung der Gewerkschaften. Die arbeitsmedizinische Betreuung bei Risikoarbeitsplätzen soll eingeschränkt werden.

Die Regierung unter dem „sozialistischen“ Staatspräsidenten Francois Hollande weiß, dass sie bei diesem Projekt mindestens 70 Prozent der Bevölkerung gegen sich hat – und noch mehr bei der Wählerschaft der „sozialistischen“ Partei. Deshalb will er von Anfang an das Gesetz per Notverordnung (Verfassungsartikel 49,3) am Parlament (Nationalversammlung) vorbei durchpeitschen.

SELBSTVERSTÄNDNIS VON FAKTENCHECK: EUROPA

Vor einem Jahr sagten mehr als 60 Prozent der griechischen Bevölkerung „Ochi – Nein“ zum Diktat von EU, EZB und IWF (Troika), die auf einem neuen Programm mit Rentenkürzungen und Mehrwertsteuererhöhungen beharrten. Doch die Troika setzte sich durch. Syriza kapitulierte. Die von Syriza angeführte Regierung setzt inzwischen in Griechenland das Programm der Gläubiger durch – gegen den eindeutigen Mehrheitswillen und zu Lasten der Mehrheit der Bevölkerung. Zunehmend wird klar: An Griechenland wird ein Exempel statuiert. Die unsoziale Austeritätspolitik, die in Griechenland zur Anwendung kam, ist heute das Programm derjenigen, die in der EU bestimmen: die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank, die deutsche Regierung – und hinter diesen wiederum die großen Konzerne und Banken. Diese Politik richtet sich gegen die große Mehrheit der Bevölkerung in der EU.

Das Projekt EU steht nach der Selbstdarstellung für die Schaffung von ARBEITSPÄTZEN und für SOZIALE SICHERUNG. Doch in Wirklichkeit steigen MASSENERWERBSLOSIGKEIT und PREKÄRE BESCHÄFTIGUNG. Die KLUFT zwischen ARM und REICH vergrößert sich kontinuierlich. Die EU steht offiziell für FRIEDEN. Doch in Wirklichkeit ist die EU und sind einzelne EU-Mitgliedsländer an einer wachsenden Zahl militärischer Interventionen und KRIEGEN beteiligt. Die EU reklamiert für sich DEMOKRATIE. Tatsächlich nimmt die Substanz von Demokratie in dem Maß ab, wie man sich Brüssel bzw. den EU-Institutionen nähert. Die EU proklamiert FREIZÜGIGKEIT. Doch in Wirklichkeit betreibt die EU eine Politik FESTUNG EUROPA, als deren Resultat Jahr für Jahr Tausende Menschen im Mittelmeer ERTRINKEN. Das Projekt EU steht für einen AUSGLEICH der Differenzen zwischen den Regionen. Tatsächlich gibt es eine große und wachsende Kluft zwischen den reicheren Regionen im EU-Zentrum und den armen Regionen der „Peripherie“. Gleichzeitig hat die „Sparpolitik“, die die EU betreibt, zu Entsolidarisierung, zu Hass und zum AUFSTIEG RECHTER und FASCHISTISCHER STRÖMUNGEN beigetragen.

FaktenCheck:EUROPA geht hervor aus der Publikation **FaktenCheck:HELLAS**, die 2015 in fünf Ausgaben (und in fünf Sprachen) erschien.

FaktenCheck:EUROPA leistet einen Beitrag zur Aufklärung über die Widersprüche zwischen Selbstdarstellung und Wirklichkeit der EU.

FaktenCheck:EUROPA engagiert sich für die Armen, die Erwerbslosen, die Lohnarbeiter und für alle Geflüchteten.

FaktenCheck:EUROPA leistet an der Seite von kämpferischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen einen Beitrag zur Solidarität von unten und zur Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten in Europa.

Weiter Massenmobilisierungen in Frankreich

Bernard Schmid

Das – beinahe – Erstaunliche ist, dass es sie noch gibt. Auch nach drei Monaten geht der Pariser Platzbesetzerbewegung nicht die Puste aus, auch wenn die Teilnehmerzahlen gegenüber April und Anfang Mai zurückgegangen sind. *Nuit debout* (frei übersetzt ungefähr: „Aufrecht durch die Nacht“) bereitet sich darauf vor, den einhundertsten Tag ihres Bestehens zu feiern, am 8. Juli auf der Pariser *Place de la République*. Entstanden war sie am 31. März dieses Jahres, am Abend des zweiten gewerkschaftlichen „Aktionsstags“ gegen das geplante Arbeitsgesetz (siehe Seite 7).

Auch sonst gehen die Sozialproteste in Frankreich gegen das geplante Arbeitsgesetz weiter. Zwar sind die Streiks der letzten Wochen an vielen Fronten abgeflaut, auch aus finanziellen Gründen: In Frankreich gibt es, anders als in Deutschland, historisch keine gewerkschaftlichen Streikkassen. Dies hängt auch damit zusammen, dass in Frankreich die Gewerkschaften keine Kontrolle über die Ausübung des Streikrechts besitzen, und man ihnen eine solche auch nicht überlassen will. In der Vergangenheit war es zudem oftmals möglich, nach einem Arbeitskampf noch einen „Nachstreik“ hinterher zu schieben, um über die Bezahlung der Streiktage zu verhandeln. Doch da sich die sozialen Kräfteverhältnisse immens verschlechtern haben, ist dies kaum noch gegeben. Aufgrund einer erheblichen Verschlechterung des Lebensstandards der Lohnabhängigen können sich viele von ihnen mehrwöchige Streiks kaum noch leisten. Erstmals wurden in den letzten Wochen allerdings Solidaritätskassen für Streikende eingerichtet – gewerkschaftliche wie außergewerkschaftliche. Auch im Internet kann gespendet werden, etwa auf der Webseite *Le pot commun*. Doch noch steckt die finanzielle Solidarität organisatorisch in den Kinderschuhen.

Dennoch bleibt eine vielfältige Protestmobilisierung gegen das geplante Arbeitsgesetz bestehen. Auch bei Demonstration kommen noch immer Zehntausende in Paris und Hunderttausende in ganz Frankreich auf die Straßen und die Plätze. Am 23. Juni fand der zehnte, durch die Gewerkschaften unterstützte „Aktionsstag“ in Folge statt, der erste geht auf den 09. März dieses Jahres zurück. Weitere solche Aktionstage sind geplant.

Zum ersten Mal hatte jedoch die Staatsmacht für den 23. Juni ein Verbot verhängt. Voraus gingen so genannte Ausschreitungen bei der zentralen Demonstration am 14. Juni, die teilweise durch Autonome und radikalisierte Jugendliche getragen wurden. Aber auch Hafendarbeiter der CGT aus Le Havre hatten sich handfeste Prügeleien mit Einsatzkräften der Polizei geliefert. Als



angebliche Reaktion darauf, aber auch – wie seine Berater in der Pariser Presse offen einräumen – als „Autoritätsbeweis“ kündigte Premierminister Manuel Valls das Verbot neuerlicher Gewerkschaftsdemonstrationen an. Dies war eine Premiere – Vergleichbares gab es seit dem Ende des Algerienkriegs im Jahr 1962 nicht.

Nach einem vielfachen Aufschrei und nach mehrstündigen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvorständen von CGT und FO erteilte Innenminister Bernard Cazeneuve dann doch eine Genehmigung. Allerdings unter drakonischen Auflagen: Der Protestzug durfte nur eine Route von 500 Metern gehen, musste dann kehrt machen und zum Ausgangsort zurückkehren, also quasi im Kreis laufen. Ferner mussten alle Teilnehmerinnen durch eine vierfache polizeiliche Absperrung hindurch und sich durchsuchen lassen. Rund 80 Menschen in Paris, über 110 in ganz Frankreich wurden an dem Donnerstag vorübergehend festgenommen, unter ihnen auch Journalisten wegen des Mitführens von Fahrradhelmen.

Unzählige Beobachter und Beobachterinnen spotteten im Internet über diese Art „Demo-Rundgang im Gefängnishof“. Die Staatsmacht kann es als Erfolg betrachten, dass sie derartige Auflagen durchsetzen konnte und dadurch möglicherweise einen Präzedenzfall schuf. Rechte Politiker unterschiedlicher Couleur wie Nicolas Sarkozy und auch Marine Le Pen nutzten die wohlfeile Gelegenheit, sich als Superdemokraten aufzuführen und Valls' autoritäre Verbotspolitik zu kritisieren.

Die Gewerkschaftsvorstände wiederum sehen es als wichtigstes Element an, dass die Teilnahme nach wie vor stark war. Allein in Paris demonstrierten über 30000 Menschen. Das war Ausdruck dafür, dass das geplante „Arbeitsgesetz“ noch immer keine mehrheitliche Akzeptanz findet.

Die entscheidende dritte Lesung im Parlament soll rund um den 13. Juli zum Abschluss kommen.

Bernard Schmid arbeitet als freier Journalist in Frankreich

Europa von unten

Belgien: Generalstreik. Gleich im Doppelpack



„Dieses Bild wurde auf einer Demonstration von 80000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern am 24. Mai in Brüssel gemacht. Wie in anderen Ländern Europas auch, versucht die rechte belgische Regierung eine Arbeitsmarktreform durchzusetzen, die die 38-Stunden-Woche abschaffen, Überstundenzuschüsse kürzen und die gesetzlichen Schranken für prekäre Arbeitsverhältnisse abschaffen soll. Außerdem nahm die Regierung faktisch eine Anhebung des Renteneintrittsalters vor, indem zum Beispiel Studienzeiten von Lehrerinnen und Lehrern nicht mehr angerechnet werden sollen. Diese Demonstration war der Startschuss für einen neuen Aktionsplan der Gewerkschaften, der einen eintägigen Generalstreik des sozialistischen Gewerkschaftsbundes am 24. Juni, eine weitere Demonstration am 29. September und einen Generalstreik beider großer Gewerkschaftsverbände am 7. Oktober beinhaltet.“

Jo Coulier, Vorsitzender der sozialistischen Lehrgewerkschaft in Flandern